

3) Nach Angaben der *Shenzhen Securities Times* will die Zentralbank weiterhin eine Reform der Reservezinssätze der Geschäftsbanken durchführen. Ziel der Reform sei es, die Geschäftsbanken von der zu starken Abhängigkeit von der Zentralbank zu lösen und ihre Geschäfte auf eine kommerzielle Basis zu stellen.

Die Zentralbank werde die Reform in drei Etappen durchführen. Begonnen werde mit einer Senkung des Reservezinssatzes von 13% auf 10%. Hierdurch könne das verfügbare Kapital bei den Banken um 128 Mrd. Yuan erhöht werden. Allerdings wird die Zentralbank Auflagen für die Wiederausleihe durch die Geschäftsbanken machen, um inflationäre Tendenzen durch die Erhöhung des Kapitals zu vermeiden. Die Zentralbank rechnet damit, daß durch die geringeren Anforderungen an die Reservesätze bei den Geschäftsbanken Gewinne von 2,5 Mrd. Yuan möglich sein werden.

4) Um konkurrenzfähiger gegenüber den großen Staatsbanken zu werden, haben die städtischen Genossenschaftsbanken ein landesweites Interbanken-Abrechnungssystem einrichten können. Das Abrechnungssystem wird zunächst in kleinem Umfang in sechs Städten ab dem 4. Quartal 1996 eingeführt werden, soll aber später bis zum Dekadenende die Genossenschaftsbanken in den 35 Großstädten des Landes verbinden. Damit könnten die Genossenschaftsbanken zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Staatsbanken werden.

Genossenschaftsbanken gibt es z.B. bereits in den Städten Shanghai, Shenzhen, Beijing, Nanjing, Jinan und Shijiazhuang, die auch als erste in das nationale Abrechnungssystem eingebunden werden. Im Gegensatz zu den Staatsbanken sind die Genossenschaftsbanken nicht in den nationalen Kreditplan eingebunden. (SCMP, 7.8.96)

**Finanzinstitute in China**

	Einlagen Mrd. Yuan	Prozent- Anteil
Genossenschaftsbanken	335,74	6,26
Staatsbanken	3.878,26	72
Andere	1.173,23	21,74
Gesamt	5.386,23	100

	Kredite Mrd. Yuan	Prozent- Anteil
Genossenschaftsbanken	192,9	3,8
Staatsbanken	3.924,96	77,9
Andere	921,55	18,3
Gesamt	5.039,41	100

Quelle: *China Financial Outlook 96*, in SWB, 7.8.96

5) Eine weiterer wichtiger Schritt bei der Reform des Bankensystems sind die zum 1. August 1996 in Kraft tretenden Regeln der Zentralbank für die Vergabe von Krediten durch die Geschäftsbanken. Bei Umsetzung dieser Bestimmung in die Praxis könnten die Banken tatsächlich nach kommerziellen Kriterien Kredite vergeben. Zu den wichtigsten Regeln zählen:

- \* Vor und nach der Vergabe von Krediten muß eine Kreditüberprüfung erfolgen.
- \* Die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens muß mit Hilfe des Kredit-Rating überprüft werden.
- \* Es muß ein angemessenes Kredit-Buchführungssystem eingeführt werden.
- \* Es muß zwischen den Funktionen Kreditbewertung und Kreditgenehmigung getrennt werden.
- \* Einführung eines Kredit-Managementsystems, das von den Bankdirektoren zu leiten ist.
- \* Die faulen Kredite müssen systematisch überwacht werden.

Für die Einhaltung der neuen Bestimmungen können Einzelpersonen oder Abteilungen verantwortlich gemacht werden. (SCMP, 1.8.96) -schü-

\*(27)

**Erneute Zinssenkung**

Innerhalb von vier Monaten hat die Zentralbank zum zweiten Mal die Zinsen auf Spareinlagen und Kredite gesenkt, und zwar diesmal um durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte bzw. um 1,2 Prozentpunkte.

Die zweite Zinssenkung war bereits seit einiger Zeit vermutet worden, da Chinas Inflationsrate kontinuierlich zurückgegangen und deshalb Raum für eine Zinsreduzierung war. Im 1. Halbjahr konnte die Inflationsrate (Einzelhandelspreise) auf 7,1% gegenüber 18,5% in der Vorjahresperiode gedrückt werden.

Da die Zinssenkung deutlich stärker ist als diejenige vom Mai d.J., bei der die Spar- und Kreditzinsen um 0,98% bzw. um 0,75% reduziert wurden, können hierdurch die stark bei den Banken verschuldeten Staatsbetriebe mit einer Entlastung rechnen. Außerdem soll sich durch die Zinssenkung die Gewinnsituation der Banken verbessern, die zu leicht überhöhten Zinssätzen Spareinlagen verzinsen mußten. Aufgrund der Restriktionen des staatlichen Kreditplans konnten die Banken das Kapital jedoch nur in beschränktem Maße wieder ausleihen.

Für mittel- und langfristige Kredite sind die Zinsen auch stärker gesenkt worden, nämlich

- von 14,94% auf 11,7% für Kredite mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren und
- von 15,12% auf 12,42% für Kredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren.

Die stärkste Reduzierung erfolgte bei den Zinsen für langfristige Spareinlagen. Für Spareinlagen mit einer Laufzeit von fünf Jahren wurden die Zinsen um 3,06% auf 9% gesenkt.

Von der Zentralbank wurde die Zinssenkung mit dem Kommentar versehen, daß sich hierdurch nicht grundsätzlich die restriktive Kreditpolitik verändern würde, da noch immer ein stark inflationärer Druck bestände. Die Zinssenkung sei auch nicht in erster Linie dazu bestimmt, die Staatsunternehmen zu unterstützen. Vielmehr seien die Probleme der Unternehmen Struktur- und Managementprobleme und nicht Folge der Kreditverknappung. (NZZ, 24., 25.8.96; HB, 27.8.96; SCMP, 23. und 24.8.96) -schü-

---



---

**Taiwan**

---



---

\*(28)

**Zunehmender diplomatischer Kampf mit Beijing**

Während sich die militärische Lage in der Taiwan-Straße nach der Präsidentschaftswahl Taiwans im März d.J. weitgehend beruhigt hat, verschärfte sich im Berichtsmonat der diplomatische Kampf zwischen Beijing und Taipei.

Am 14. August nahmen die Regierung der VR China und die von Niger wieder diplomatische Beziehungen auf. Der Niger erkennt im Gemeinsamen Communiqué Beijing als die einzige legitime chinesische Regierung und Taiwan als einen untrennbaren Bestandteil Chinas an. Er verpflichtet sich, keine offiziellen Beziehungen in irgendeiner Form mit Taiwan zu unterhalten. Daraufhin sah sich die Regierung Taipei gezwungen, noch am gleichen Tag ihre diplomatischen Beziehungen zum Niger zu "unterbrechen" (*zhongzhi*), obwohl sie unter ihrer "pragmatischen Außenpolitik" grundsätzlich bereit ist, eine Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen zu akzeptieren. (LHB, 20.8.96; ZZ, 30.8.96; DGB, 21.8.96)

Im Hinblick auf das "chinesisch-chinesische" diplomatische Tauziehen pendelten einige kleine und arme afrikanische Staaten häufig zwischen Taipei und Beijing hin und her, um so abwechselnd von beiden Seiten Wirtschaftshilfe gewährt zu bekommen. Der Niger hatte erstmals 1963 diplomatische Beziehungen zu Taipei aufgenommen. Sie wurden 1974 "unterbrochen", als er offizielle Beziehungen zu Beijing aufnahm. 1992 ließ Niger wieder Beijing im Stich und wandte sich Taipei zu. Der jüngste "Seitensprung" ist also die dritte Wende in der Chinapolitik des Niger. Wie berichtet (C.a. 1996/1, Ü 26), hatte Senegal Anfang d.J. seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan nach mehrmaligen "Unterbrechungen" wiederaufgenommen. Durch den Wegfall des Niger ist die Anzahl der Staaten, die volle diplomatischen Beziehungen mit Taiwan unterhalten, erneut von 31 auf 30 gesunken, davon 9 in Afrika (Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Senegal, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), 16 in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay), 4 im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu) und 1 in Europa (Vatikanstadt).

Unter den genannten Staaten hat nur Südafrika ein größeres Gewicht in der internationalen Politik. In letzter Zeit gab es öfter Spekulationen über Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Pretoria und Beijing. Die Beijinger Regierung stellt jedoch aufgrund ihres Anspruchs auf die Alleinvertretung für Gesamtchina Südafrika die

Vorbedingung, daß es seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbricht. Wie berichtet (C.a. 1996/7, Ü 30), hatte der südafrikanische Außenminister Alfred Nzo am 25. und 26. März d.J. zunächst Beijing und dann vom 31. Juni bis 2. Juli Taipei besucht, um nach eigenen Worten Fakten für eine neue Chinapolitik seines Landes zu sammeln. Vom 25. August bis 3. September hielt sich Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh) zu einem zehntägigen offiziellen Besuch in Südafrika auf. Er wurde von einer 50köpfigen Delegation einschließlich von Vertretern mehrerer staatlicher wie privater Konzerne begleitet. In zwei Vereinbarungen vom 30. August wird Taiwan Südafrika jeweils 5 Mio. US\$ zur Förderung der Landwirtschaft und des Bildungswesens gewähren. Darüber hinaus wurde eine Vorvereinbarung über gemeinsame Investitionen in Höhe von 3 Mrd. US\$ für die Entwicklung der petrochemischen Industrie in Südafrika zwischen Unternehmen beider Seiten unterzeichnet. Taiwan wird auch ein Projekt zur Errichtung eines Industrieparks in Südafrikas Eastern-Cape-Provinz prüfen. (FCJ, 30.8. und 6.9.96) Gegenüber Xu Lide bekräftigten der südafrikanische Präsident Nelson Mandela und Außenminister Nzo, daß Pretoria die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan weiter aufrechterhalten werde, obwohl es auch ein starkes Interesse an Beziehungen zu Beijing habe. Mit Blick auf Taiwans Wirtschaftshilfe an Südafrika sagte Mandela zum wiederholten Male, es sei für ihn "unmoralisch", die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abzubrechen. (LHB, 27.8. und 4.9.96; ZZ, 6.9.96)

Als Sensation wurde der "private" Besuch von Lian Zhan (Lien Chan), Vizepräsident und Ministerpräsident der Taipeier Regierung, in der Ukraine bewertet. Lian hatte am 16. August an den Amtseinführungsfeierlichkeiten des neuen dominikanischen Präsidenten Leonel Fernandez teilgenommen. Bei der Zwischenlandung in New York auf der Heimreise änderte er unerwartet seine Reiseroute. Statt zurück nach Taiwan flog er nach Europa. Da die Regierung sein Reiseziel zunächst strikt geheim gehalten hatte, gab es wilde Spekulationen. Man wußte nur, daß er einen europäischen Staat besuchen wollte, der keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhält. Erst am 19. August bestätigte das Taipeier Presseamt, daß Lian am Tag zuvor zum "privaten" Besuch in Kiew eingetroffen sei, wo er die Ehrendoktorwürde der Uni-

versität Kiew verliehen bekam. Er soll auch am 21. August vom ukrainischen Präsidenten Leonid Kuchma empfangen worden sein. Dies wurde zwar vom ukrainischen Außenministerium demontiert, aber Lian wollte es auf einer Pressekonzferenz in Taipei nach seiner Rückkehr am 22. August weder dementieren noch bestätigen. (CP, LHB und FCJ, 23.8.96; ZZ, 30.8.96) 1992 hatte Taiwan der Ukraine 50.000 t Reis und Medikamente und medizinische Geräte im Wert von 15 Mio. US\$ gespendet.

Beijing, das seit 1992 volle diplomatischen Beziehungen mit Kiew unterhält, protestierte gegen Lians Besuch in der Ukraine und ließ die Ukrainereise einer hochrangigen Delegation der VR China unter der Leitung von Li Tiesing, Staatsratmitglied und Vorsitzender der Kommission für Wirtschaftsreform, kurzfristig ausfallen. (DGB, 23. und 24.8.96) Scharfen Protest richtete die chinesische Regierung auch an Washington wegen des Transitvisums für Lian bei seiner Reise in die Dominikanische Republik. (DGB, 9.8.96) -i-

\*(29)

#### **Bald direkter Schiffsverkehr zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße?**

Das Verkehrsministerium von Beijing hat am 20. August eine Bestimmung über direkte Schiffverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße erlassen und zugleich in Kraft gesetzt. Tags darauf verkündete auch das Beijinger Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit eine weitere Bestimmung über die Regelung von Agenturen für Güterverkehr per Schiff zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Nach diesen Bestimmungen dürfen die auf dem chinesischen Festland oder Taiwan registrierten Reedereien mit einer Genehmigung des Verkehrsministeriums direkte Passagier- oder Frachtbeförderung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße unternehmen. Sie müssen eine Schifffahrtsgesellschaft einer der beiden Seiten oder ein Gemeinschaftsunternehmen beider Seiten sein. Als Agentur für den direkten Güterverkehr zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße muß eine Firma vom Festland oder ein Gemeinschaftsunternehmen beider Seiten für internationale Fracht mit Lizenz des Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit sein. (DGB, 22. und 23.8.96; XNA, 21.8.96)

Wie berichtet (C.a. 1995/5, Ü 35), hat Taiwan Anfang Mai 1995 die Errichtung eines "Exterritorialen Schiffahrtszentrums" (Jingwai hangyun zhongxin) in der südtaiwanesischen Hafenstadt Gaoxiong (Kaohsiung) beschlossen. Danach dürfen in einem ersten Schritt ausländische Containerschiffe einschließlich derjenigen von FOC ("flag of convenience", d.h. einheimische Schiffe unter ausländischer Flagge) zwischen Gaoxiong und den Häfen des chinesischen Festlands verkehren. Ihnen wird aber nur erlaubt, Güter aus Drittländern nach dem Festland oder umgekehrt im "Exterritorialen Schiffahrtszentrum" (ES) von Gaoxiong umzuladen. Taiwans Güter nach dem Festland oder Festlandsgüter nach Taiwan können nicht über ES, sondern müssen weiter über eine Drittregion befördert werden.

Zwischen den genannten Bestimmungen beider Seiten gibt es große Abweichungen und Widersprüche. Während Beijing die direkte Schiffsverbindung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße als "inländische" Linienfahrt behandelt und daher ausländische Schiffahrtsgesellschaften nicht zuläßt, betrachtet Taiwan sie als eine quasiinternationale Linienfahrt ("Sonderlinienfahrt") und läßt daher nur Schiffe mit ausländischer Flagge zu. Infolge all dieser Differenzen besteht die direkte Schiffsverbindung zwischen beiden Seiten bislang nur auf dem Papier. Für ihre Realisierung ist eine Kompromißvereinbarung zwischen beiden Seiten erforderlich. Verhandlungen wurden bislang dadurch verhindert, daß Beijing unter dem Motto "ein China" Taipei nicht als gleichberechtigten Partner, sondern als eine Lokalregierung Chinas ansieht.

Im letzten Jahr erreichte das Handelsvolumen zwischen dem Festland und Taiwan eine Höhe von 20 Mrd. US\$. (BR, 1996/Nr.38, S.11) Die Güter- und Passagierbeförderungen zwischen beiden Seiten wurden und werden hauptsächlich über Hongkong abgewickelt. Da die britische Kolonie am 1. Juli 1997 an China zurückgegeben wird, ist eine Lösung des Schiffahrtsproblems zwischen Beijing und Taiwan dringend notwendig. Wie berichtet (C.a. 1996/6, Ü 34), ist eine Vereinbarung über die Flugverbindung zwischen Hongkong und Taiwan über 1997 hinaus im Juni d.J. bereits unterzeichnet worden. -ni-

\*(30)

### **Offizielle Voraussage des Wirtschaftswachstums 1996 erneut herabgesetzt**

Das Amt für Statistiken und Budget (Directorate General of Budget, Accounting and Statistics, DGBAS) hat am 23. August zum dritten Mal seine Voraussage zur realen Wirtschaftswachstumsrate für 1996 revidiert: Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde auf 5,89% herabgesetzt, nach von ursprünglich geschätzten 6,52% auf 6,36% im Februar d.J. und weiter auf 6,17% im Mai. Damit würde Taiwan unter den vier "kleinen Tigern" hinter Singapur mit 8,2%, Südkorea mit 7,3% und nur vor Hongkong mit 4,5% liegen. Im vergangenen Jahr hatte die Wirtschaft Taiwans noch einen Zuwachs von 6,06% zu verzeichnen. In den ersten beiden Quartalen d.J. ist sie auf Jahresbasis den Angaben des DGBAS zufolge jeweils um 5,12% und 5,42% gestiegen, deutlich niedriger als in den entsprechenden Vorjahresquartalen mit 6,98% bzw. 6,48%.

Ursache des rückläufigen Wachstumstempos ist laut DGBAS die gebremste Exportexpansion. In diesem Jahr soll der Welthandel Wei Duan (Wei Tuan), dem Direktor des DGBAS, zufolge nur um 5,5% (im Vorjahr 9,3%) zunehmen. Dies wird Taiwans Exportzuwachsrate von 20% (1995) auf 6,7% herunterdrücken. In den ersten sieben Monaten ist der Exportwert nach Angaben des Finanzministeriums beim Jahresvergleich nur um 4,3% gestiegen und der Importwert sogar um 3% gefallen.

Weitere Gründe für die Verlangsamung des Wachstums sind nach DGBAS die Zurückhaltung bei privaten Investitionen und beim Verbrauch vor allem infolge der militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße im Frühjahr d.J. Im ersten Halbjahr hatten die privaten Investitionen nur ein bescheidenes Jahreswachstum von 1,8% im Vergleich zu 6,7% im entsprechenden Vorjahreszeitraum, während der Produktionsindex der verarbeitenden Industrie nach Angaben des Wirtschaftsministeriums um 0,28% und der Umsatzindex um 0,59% gefallen ist. Hingegen erreichten im Juli d.J. die befristeten Einlagen bei den Geldinstituten sowohl in einheimischer Währung mit 9.900 Mrd. NT\$ als auch in Devisen mit umgerechnet über 310 Mrd. NT\$ (27,5 NT\$ = 1 US\$) eine neue Rekordhöhe.

Angesichts der Entspannung in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße erwartet das DGBAS eine Belebung der Konjunktur mit einer realen Jahressteigerung des BIP von 6,09% im dritten und 6,86% im vierten Quartal (wie gesagt, in den ersten beiden Quartalen 5,12% bzw. 5,42%). Davon ausgehend, kann die von ihm zuletzt nach unten korrigierte Voraussage von einem 5,89%igen Wachstum für 1996 erfüllt werden. Die Industrieabteilung des Wirtschaftsministeriums befürchtet aber eine noch tiefere Jahreswachstumsrate von 5,29%. Nur Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) ist sicher, daß die Wirtschaft in diesem Jahr noch um 6% wachsen wird.

Infolge des verlangsamten Wirtschaftswachstums erhöhte sich die Erwerbslosenquote im Juli d.J. auf 2,97%, eine Rekordhöhe seit zehn Jahren. Präsident Li zufolge plant die Regierung, 30.000 Arbeitsplätze zu schaffen, um damit die Erwerbslosenquote auf 2,3% zu senken. Positiv für die Konjunktur ist die Preisentwicklung. Für das Gesamtjahr 1996 erwartet das DGBAS eine Inflationsrate von 3,2%, nach 3,7% im Vorjahr. (FCJ, 30.8.96; LHB, 8., 14., 15., 24. und 27.8.96; ZYRB, 25.8.96) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(31)

### **Termine für die Bildung der künftigen Regierung in Hongkong nach der Wende 1997**

Auf der am 10. August in Beijing beendeten 4. Plenartagung des Vorbereitungskomitees für die Gründung der Sonderverwaltungsregion (SR) Hongkong unter chinesischer Souveränität am 1. Juli 1997 wurde ein konkreter Beschluß über die Bildung eines Komitees zur Wahl der künftigen Regierung Hongkongs nach der Rückgabe der britischen Kolonie an China verabschiedet. Das Wahlkomitee wird aus 400 Mitgliedern bestehen: 100 aus dem Industrie-, Handels- und Finanzsektor, 100 aus dem professionellen Sektor, 100 aus Gewerkschaften, Basisorganisationen und religiösen Kreisen, 100 aus politischen Kreisen (alle 26 Abgeordneten des chinesischen Nationalen Volkskongresses aus Hongkong und 74 Vertreter der Mitglieder der Politischen Konsul-